

«Beim Sparen gibt es kein Tabu»

FORTSETZUNG VON SEITE 3

Und wie sieht es mit der Kaufkraft – sprich den Investitionen, aus?

Das Programm der nächsten zehn Jahre sieht 2,3 Milliarden Investitionen vor. Dabei ist zu beachten, dass unser Kanton sehr rigide Abschreibungsregeln hat und die Abschreibungsquote hoch ist. Die Abschreibungen werden in den nächsten Jahren grösser sein, als es unser Finanzleitbild zulässt. Da sind auch längerfristige Investitionen zu hinterfragen und zu priorisieren.

«Wir werden auf Projekte verzichten müssen»

Gibt es Vorhaben, die dem Priorisierungsverfahren zum Opfer fallen?

Wir werden sicher auf Projekte verzichten müssen – das jüngste Beispiel ist die Zurückstellung des Textilmuseums St. Gallen, die wir diese Woche beschlossen haben.

Gibt es noch andere Gründe als die Wirtschaftskrise, die den Kanton in die Finanzklemme bringen?

Neben konjunkturellen machen uns auch strukturelle Probleme Sorgen: Wir haben ein zu grosses Ausgabenwachstum. Es ist grösser als das des Volkseinkommens und wirkt, dass die Staatsquote (Staatsausgaben gemessen am Volkseinkommen) von derzeit 14 Prozent weiterwachsen würde. Dem müssen wir entgegenwirken.

Warum «kauft» denn der Kanton mehr, als er sich leisten kann?

Die Ansprüche an den Staat sind gestiegen. Das Ausgabenwachstum hängt zudem mit Aufgaben zusammen, die uns der Bund in jüngster Zeit übertragen hat. Die neue Pflegefinanzierung etwa bedeutet ab 2011 Mehrausgaben von 50–60 Millionen pro Jahr. Die neue Spitalfinanzierung kostet den Kanton ab 2012 jährlich 60 Millionen.

«Die Regelung der Pflegekosten ist ein Kompromiss»

Stimmt es, dass Teile dieser Kosten auf die Gemeinden abgewälzt werden?

Es ist vorgesehen, dass der Kanton die Kosten der neuen Spitalfinanzierung trägt. Dafür schlägt die Regierung vor, dass die Gemeinden die neuen Kosten der Pflegefinanzierung grossenteils übernehmen – weil sie bereits heute für diesen Bereich zuständig sind. Insofern kann man nicht von einer Kostenabwälzung sprechen.

Geht es denn dabei nicht auch um die Ergänzungsleistungen, die den Gemeinden bei der Steuergesetzrevision als Zückerchen erlassen worden sind?

Indirekt besteht ein Zusammenhang, ja. Der Kanton trägt die Ergänzungsleistungen – immerhin 260 Millionen jährlich, die je nach Steuersituation ab und zu zwischen Kanton und Gemeinden hin- und hergeschoben werden – seit der Steuergesetzrevision vollumfänglich. Als Folge der wirtschaftlichen Entwicklung sind sie heute höher, als der Kanton damals glaubte. Die Übernahme der Pflegedienstleistungen durch die Gemeinden ist also auch diesbezüglich ein Kompromiss. Zumal der Kanton darüber hinaus bereits Einsparungen von 180 Millionen Franken zu erzielen hat.

Dann sind also die Bedenken der St. Galler Gemeindepräsidenten vor einer Kostenumlagerung auf die Gemeinden begründet?

Wir müssen gemeinsam nach Einsparungen suchen. Dafür brauchen wir die Gemeinden mit im Boot. Es liegt uns aber fern, alle Aufgaben auf sie abzuwälzen. Vielmehr sind wir interessiert daran, dass es ihnen gut geht. Sie haben bereits gute Arbeit geleistet. Die umsichtige Verwendung der Mittel des innerkantonalen Finanzausgleichs hat in vielen Gemeinden zu Steuerentlastungen geführt. Wir setzen und vertrauen auf Zusammenarbeit.

Ist der Finanzausgleich für die Gemeinden gefährdet?

Nein. Der Finanzausgleich unter den Gemeinden ist gesetzlich geregelt und funktioniert. Allerdings steht, wie auch beim Bundesfinanzausgleich, ein Wirksamkeitsbericht an. Ob sich daraus ein Korrekturbedarf ergibt, ist offen.

Die SVP fordert, dass es «Luxusprojekten» an den Kragen geht. Inwiefern beugt sich der Kanton dem Begehren?

Die SVP kritisiert vor allem Investitionen im Bereich Kultur. Nach den jüngsten Vorlagen in der Stadt St. Gallen (Konzert und Theater, Lokremise) ist ihr nun offenbar die Bibliothek ein Dorn im Auge. Diese kommt im Aufgaben- und Finanzplan bestimmt zur Sprache und ergibt wohl eine Auseinandersetzung in der Februarsession.

Im Kreuzfeuer steht auch das Investitionsprogramm für die Spitäler.

Die 1,2 Milliarden Spitalinvestitionen sind Folge eines jahrelangen Moratoriums. Wir haben Nachholbedarf, und auch die Bevölkerung äussert ihre Ansprüche. Die Regierung will auf dem Weg der Leistungskonzentration weiterfahren und so dazu beitragen, dass die St. Galler Spitalkosten weiter zu den günstigsten gehören.

Aus dem Regierungsbericht geht hervor, dass die Ausgangslage für das nächste Strassenbauprogramm aus finanzieller Sicht kritisch sei. Gucken die Rapperswil-Joner mit ihrem Wunsch nach dem Tunnel in die Röhre?



«Die Rapperswiler sollen in die Röhre gucken»: Trotz ernsthafter Finanzlage behält Martin Gehrer seinen Humor. Bilder Brigitte Tiefenauer

Ich hoffe sehr, dass die Rapperswil-Joner bald in die Röhre gucken ... in die Tunnelröhre. Spass beiseite: Die grossen Strassenbauten werden nicht über Steuergelder finanziert: Dafür steht mit der Strassenrechnung eine Spezialfinanzierung zur Verfügung. Aber auch ihre Mittel sind beschränkt. Wenn die Grossprojekte Wattwil und Bütschwil und der Tunnel in Rapperswil-Jona gleichzeitig statt gestaffelt anstünden, würde dies die Finanzierungsmöglichkeit übersteigen.

«Es kommt darauf an, wer schneller parat ist»

Heisst das, dass die Rapperswiler sich wahrscheinlich gedulden müssen?

Nicht zwingend. Es kommt darauf an, wie schnell die Projekte bereit sind beziehungsweise wie viele Einsparungen sie verzögern.

Ist der Schnellere der Geschwindere? Das kann man so sagen.

Wie sind die Aussichten für die zweite Sanierungsetappe des Spitals Linth und das Forschungszentrum der HSR?

Bei gewünschten Investitionen von 2,3 Milliarden für die nächsten zehn Jahre müssen wir generell priorisieren. Weil dieses Verfahren noch aussteht, kann ich nicht für einzelne Projekte reden. Die Bedeutung der HSR ist aber erkannt. Zudem achten wir auf den regionalen Ausgleich.

«Erwarte harte Debatten in der Februarsession»

Dann hat bei drei grossen Projekten im Linthgebiet wohl eines das Nachsehen. Nicht zwingend. Oft ist die Priorisierung mit der zeitlichen Abfolge bereits geregelt. Massgebend ist zudem auch die Dringlichkeit eines Projektes.

Gibt es bei der Bildung Sparpotenzial?

Es gibt beim Sparen kein Tabu, weder bei Gesundheit noch Bildung oder sonst wo. Wir werden alles genau anschauen; dann gewichtet der Kantonsrat unsere Vorschläge und befindet darüber. Da erwarte ich harte Debatten aus Regionssicht und wegen der verschiedenen Partei-Ansichten.

Interessenkonflikte dürfte die innere Sicherheit ergeben. Droht der Aufstockung der Polizei die Absage?

Grundsätzlich kann alles rückgängig gemacht werden, was nicht umgesetzt ist. Der Kantonsrat hat aber Kenntnis genommen vom Sicherheitsbericht und das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung erkannt. Würde er uns aber einen generellen Stellenstopp nahelegen, beträfe dies natürlich auch die geplanten Stellen für die Polizei.

«Wollen 2014 nicht mit Schulabbau beginnen»

Wie beurteilen Sie Sparmassnahmen beim Personal?

Die Lohnnullrunde 2010 wurde weitgehend verstanden und aufgrund der Minus-Teuerung akzeptiert, hat aber begreiflicherweise die Personalverbände nicht begeistert. Im Gesundheitswesen etwa ergeben sich dadurch Nachteile im interkantonalen Konkurrenzkampf um das Pflegepersonal. Insgesamt gilt: Je tiefer die Teuerung, desto einfacher sind Sparmassnahmen im Personalbereich.

Wie optimistisch sind Sie, dass sich die Finanzlage innert nützlicher Frist erholt?

Das hängt davon ab, wie man die Länge der nützlichen Frist definiert. Ich hoffe, dass wir ab 2011 wieder bessere Steuererträge haben – wenn auch nicht so steil ansteigend, wie sie gefallen sind. Nachher hoffe ich, dass aufgeholt ist, was wir in der Krise verloren haben, und wir rosigeren Zeiten entgegensteuern. Wichtig ist, dass wir dann nicht als Erstes eine Staatsverschuldung abbauen müssen.

*Regierungsrat Martin Gehrer ist seit 2008 Leiter des kantonalen Finanzdepartements.

Lehrlingsprojekt in Kaltbrunn

Vom 18. bis 22. Januar findet bei der Inlinehalle Kaltbrunn ein Lehrlingsprojekt statt. Interessierte Lehrlinge fertigen dabei eine Mauer an.

Kaltbrunn. – Die erste Inlinehalle der Schweiz in Kaltbrunn ist seit rund einem Jahr im Betrieb. Für den definitiven Abschluss des Hallenbaus wird eine lange, schallabsorbierende Mauer aus Sichtstein gebaut. Dies geschieht im Rahmen eines Lehrlingsprojekts, welches vom 18. bis 22. Januar stattfindet. Damit können der Verein ihsf Linth unterstützt und Lehrlinge gleichzeitig gefördert werden.

Die Sektion Baukader Zürichsee greift dem Sportverein unter die Arme und hat regionale Baumeister angefragt, ob sie ihre Lehrlinge am Projekt mitmachen lassen würden. Einige Baumeister, welche das benötigte Baumaterial zur Verfügung stellen, haben ihre Bereitschaft bereits zugesagt. Der Hockey-Verein Linth übernimmt alle Verpflegungskosten. Weitere Sponsoren sind beim Projekt willkommen. Die beteiligten Bauunternehmen werden namentlich in der Mauer verewigt. Interessierte können sich bei Michel Gaillard, Telefon 078 698 90 29, melden. Weitere Informationen unter www.lehrlingsprojekt-inlinehalle.ch. (pd)

Musikalischer «Film ab!» in Schänis

Die Musikgesellschaft Schänis unter der Leitung von Marlies Bruhin-Rhyner lädt am Samstag, 23. Januar, zum Jahreskonzert in die Mehrzweckhalle in Schänis ein.

Schänis. – Die Jugendmusik, geleitet von Mirjam Diethelm, eröffnet den Abend musikalisch. Anschliessend bietet die Musikgesellschaft ein abwechslungsreiches Konzert unter dem Motto «Film ab!» an. Im Programm finden sich Filmmelodien wie «The Pink Panther», «Dick und Doof», «Dornenvogel» oder die Titelmelodie von «Tatort», die wie die anderen Stücke den meisten bekannt sein werden.

Das Motto «Film ab!» zieht sich aber auch durch die Dekoration und die Showeffekte durch – so werden zum Beispiel ein roter Teppich ausgelegt, Popcorn verteilt oder die Moderation als Film abgespielt.

In der Pause können Lose für die Tombola gekauft werden und nach dem Konzert wird «Musik mit Erich» für Unterhaltung sorgen. Ebenfalls nach dem Konzert kann man sich an der Cüplibar oder in der Musikantenbar einen Drink genehmigen.

Die Saalöffnung ist um 19 Uhr – und gleichzeitig ist auch die Küche bereit. Das Konzert selber beginnt um 20 Uhr. (pd)

«Wir alle brauchen Draht nach oben»

Lichtensteig. – Für die 56. Lichtensteiger Tagung des Christlichen Bauernbundes St. Gallen (CBB) hatte der Präsident, Nationalrat Köbi Bächler, einen speziellen Lobbyisten engagiert: Beat Christen, akkreditierter Beter im Bundeshaus mit passendem Namen. Seine Funktion nannte Christen eine «Provokation in den Wandelhallen – und zwar im Sinne der ursprünglichen Bedeutung von provocare: die Leute zusammenrufen».

Christens Credo: «Wenn wir der Schweiz etwas Gutes tun wollen, gibt es nur eines: den allmächtigen Gott miteinzubeziehen.» Was Präsident Bächler bestätigte: «Wir alle brauchen einen Draht nach oben.» (wk/so)



Alles perfekt? Nebst dem richtigen Sitz der Krawatte muss der Finanzchef zurzeit auch vor allem dem Gürtel des Kantons ein besonderes Augenmerk schenken.